

Erschließung des Ostens

Im Osten des Landes wurden vier neue Brücken entlang der Hauptstraße zwischen Lospalos und Viqueque gebaut, eine fünfte wird Ende September 2008 fertiggestellt. Dadurch erhalten die Bewohner der Region besseren Zugang zu Märkten, Schulen, medizinischen Einrichtungen und anderen Dienstleistungen. Von den Arbeitsplätzen profitierten vor allem die Bewohner der Region selbst; durch ein Rotationsprinzip konnten viele daran teilhaben. Das

Projekt soll die sozioökonomische Entwicklung in den Bezirken Viqueque und Lautem fördern, die landwirtschaftliche Entwicklung dort vorantreiben und so zur Armutsverringerung beitragen. Es wird von der Europäischen Union und der osttimoresischen Regierung finanziert und vom *UN Office for Project Services* und dem *UN Development Programme* durchgeführt.

vgl. UNMIT, 25.2.2008

Landverpachtung

Die Regierung hat 100.000 Hektar Land an das indonesische Unternehmen *GTLeeste Biotech* verpachtet, das dort Zuckerrohr anbauen will, um Biosprit zu erzeugen. Das Unternehmen will 100 Millionen US-Dollar investieren und rund 2000 Arbeitsplätze schaffen.

Das Vorhaben stößt auf Kritik, da die Nutzung von Nahrungsmitteln für die Produktion von Treibstoff weltweit zu einer massiven Preissteigerung bei Nahrungsmitteln geführt hat, wie Weltbankstudien belegen. Außerdem hat Osttimor nach Unwettern und einer Heuschreckenplage sowieso bereits ein Problem mit der Versorgung von Nahrungsmitteln. Nach Aussage von Landwirtschaftsminister Mariano Sabino ist das verpachtete Land unproduktiv, was von der Opposition bezweifelt

wird, da man auf unproduktivem Land nichts anbauen könne.

Nach Regierungsplänen könnte über die Hälfte der anbaufähigen landwirtschaftlichen Nutzfläche in Osttimor bald von internationalen Unternehmen für die Biosprit-Produktion verwendet werden. Das Land, das *GTLeeste Biotech* pachtet, macht bereits ein Sechstel des anbaufähigen Landes aus. Darüber hinaus verstößt Osttimor möglicherweise gegen die Biodiversitäts-Konvention, die die Regierung 2007 unterzeichnet hat, nach der das Land Strategien für die Konservierung und nachhaltige Nutzung biologischer Diversität entwickeln soll.

vgl. Neues Deutschland 2.8.08 ; The West Australian 30.7.08; IPS 17.6.08

Reisimporte

Osttimors Premierminister Gusmao hat am 7. Mai 2008 mit einem guten Bekannten einen 14,4-Millionen-Dollar-Vertrag über Reisimporte unterzeichnet. Geschäftsmann und führendes CNRT-Mitglied Germano da Silva hat demnach mit seinem Unternehmen *Tres Amigos* das alleinige Recht, 16.000 Tonnen Reis zu importieren. Oppositionsführer Mari Alkatiri kritisiert den Abschluss, da es seiner Meinung nach keinen

richtigen Ausschreibungsprozess gegeben habe. Gusmao dementierte die Beschuldigungen: Der Vertrag sei erst unterzeichnet worden, nachdem er bei einem Treffen von zwölf Importeuren im Februar gesagt habe, dass die Reisereserven vergrößert werden müssten, um die Preise stabil zu halten. Germano da Silva habe sich als einziger zum Import bereit erklärt.

vgl. AFP 10.7.08

Staatsausgaben

Das Parlament hat eine Erhöhung der Staatsausgaben um 120 Prozent auf 788 Millionen US-Dollar beschlossen, vor allem um die erhöhten Energie- und Nahrungsmittelpreise (der Reispreis hat sich in den vergangenen Monaten etwa verdreifacht) zu subventionieren. Mit der Subventionierung will die Regierung Unruhen aufgrund unerschwinglicher Preise verhindern.

Die Entscheidung stößt auf harsche Kritik, vor allem, weil das zusätzliche Geld dem Ölfonds entnommen wird, der eigentlich für die Investition in nachhaltige Infrastruktur dienen sollte. Die Reserven des Ölfonds reichen voraussichtlich nur 15 Jahre, andere Einnahmequellen hat Osttimor kaum. Proteste gab es außerdem, weil ein Teil des Haushalts für den Kauf von japanischen Luxus-Dienstwagen für alle 65 Abgeordneten aufgewendet werden soll, was allein schon eine Million US-Dollar kosten würde. Darüber hinaus sollen zwei Stromgewinnungsanlagen, die auf veralteter und umweltzerstörender Technologie beruhen, gebaut werden.

Im Juli 2008 wurden bei Protesten gegen die Regierungspläne, auch gegen ein geplantes Gesetz, das Zivilisten das Tragen von Waffen erlaubt, 53 Studenten festgenommen, später jedoch freigelassen. Laut Gesetz sind Demonstrationen in einer Distanz von weniger als 100 Metern an Regierungsgebäuden verboten. Kritikern zufolge verstößt dieses Gesetz jedoch gegen das Recht auf Demonstrations-, Meinungs- und Medienfreiheit. Die Studenten hätten außerdem auf dem Campus der Universität demonstriert, die gleich neben dem Parlament liegt.

vgl. Asia Pacific Action 14.7.08; BBC, 31.7.08; ABC Radio Australia 9.7.08